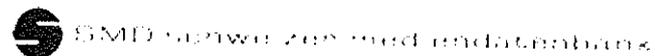


© ProLitteris / Novak Eva / Neue Luzerner



Zeitung; 06.09.2007; Seite 5

Neue Luzerner Zeitung Schweiz

Affäre Roschacher

Blocher gerät unter Verdacht

Der Rücktritt von Bundesanwalt Roschacher hält Bundesrat und Parlament weiter in Atem: Chronologie eines Tages, an dem sich die Enthüllungen jagten.

Von Eva Novak, Bern

Eine ebenso obskure wie komplizierte Geschichte ist gestern eskaliert. Den Anfang, noch recht harmlos, machte Pascal Couchepin: Wegen der Kollegialität fühle er sich «immer etwas schlecht», wenn ein Kollege in Schwierigkeiten stecke, erklärte der Innenminister nach der Bundesratssitzung auf Fragen von Journalisten. Er spielte auf Justizminister Christoph Blocher an, dem einige Zeitungen neuerdings vorwerfen, bei einer Verschwörung gegen den ehemaligen Bundesanwalt Valentin Roschacher mitgemacht zu haben.

Erstmals Rechtsberater berufen

Die Berichte über das angebliche Komplott berufen sich auf die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK). Diese hat vor über einem Jahr ihre für Blochers EJPD zuständige Subkommission damit beauftragt, die diversen Untersuchungen zu Roschacher und die Umstände seiner Kündigung zu untersuchen. Kommenden Freitag hätte die GPK den Bericht ihrer Subkommission verabschieden und veröffentlichen sollen. Doch es kam anders ...

Couchepin sprach von einer «extrem komplexen» Angelegenheit, in der sich «philosophische, politische und rechtliche Probleme» stellten. Auf seinen Antrag beschloss der Bundesrat ohne Gegenstimme, zur Beurteilung des ihm noch nicht bekannten GPK-Berichts einen unabhängigen Rechtsberater beizuziehen. Dies, um nicht in Verdacht zu geraten, von Blocher parteiisch informiert worden zu sein.

«Hirngespinnste»?

Es handelt sich dabei um eine Premiere, wie Couchepin einräumte. Denn eigentlich wäre es am Justizminister, die rechtliche Würdigung vorzunehmen. Blocher sah sich denn auch am frühen Abend genötigt, kurzfristig eine Pressekonferenz einzuberufen, an welcher er die «unhaltbaren und verletzenden» Vorwürfe allesamt von sich wies: «Von einem Komplott gegen Roschacher weiss ich nichts, ich bin in keines involviert», erklärte er und wusch seine Hände in Unschuld.

Er kenne nichts als die Medienberichte, und diese seien «Ammenmärchen» und «Hirngespinnste». Nie sei er mit einem Dokument oder einem Vorwurf konfrontiert worden: «Ich habe nichts in den Händen, alles ist im Nebel.»

Laut Blocher «tendenziös»

Gegen die Berufung eines Rechtsexperten habe er nichts einzuwenden, beteuerte Blocher: «Angesichts der Verschwörungstheorien bin ich froh, wenn es jemand anders übernimmt.» Er

verstehe es nicht als Misstrauensvotum gegen seine Person: «Wenns gegen mich gerichtet wäre, müsste der Bundesrat eine Administrativuntersuchung einleiten.» Gegen die Arbeit der GPK-Subkommission hat der Justizminister aber sehr wohl etwas einzuwenden. Diese habe ihm Anfang August einen Vorentwurf präsentiert, der zeige, dass ihre Abklärungen «tendenziös» seien.

Der Konter erfolgte noch am gleichen Abend, in dessen Verlauf die GPK nicht nur ihren 100-seitigen Bericht präsentierte, sondern auch «neue Erkenntnisse von erheblicher Tragweite und politischer Brisanz», wie es Lucrezia Meier-Schatz, die Präsidentin der Subkommission, formulierte.

Die St. Galler CVP-Nationalrätin berief sich auf Dokumente, welche ihr die Bundesanwaltschaft Mitte August präsentiert hatte. Dabei handelt es sich um verschiedene Papiere und Digitalaufnahmen von Flip-Charts, welche das deutsche Landeskriminalamt beim Bankier Oskar Holenweger sichergestellt habe. Gegen Holenweger wird wegen Geldwäscherei ermittelt. In diesem Rahmen wurde der kolumbianische Drogenbaron José Manuel Ramos als verdeckter Ermittler eingesetzt, was Roschacher zwar in Medienberichten zur Last gelegt, in Untersuchungen aber nicht beanstandet wurde.

Der «Plan H»

Bei einem der Dokumente handelt es sich gemäss Meier-Schatz «wahrscheinlich um den Zeitplan zur Vorbereitung und Durchführung der Absetzung des Bundesanwalts.» In diesem «Plan H» würden nach Art der Militärs Aufträge an verschiedene Politiker und Journalisten verteilt, die zum Teil auch ausgeführt worden seien. Auf den Flip-Charts figurierten auch die Anfangsbuchstaben verschiedener Personen, unter anderem «C. B.». Diese Dokumente, an deren Echtheit angeblich weder die Subkommission noch die Bundesanwaltschaft zweifelt, sind nach Meier-Schatz «von einer gewissen staatspolitischen Tragweite». Es stehe nicht weniger als die Frage zur Diskussion, «ob es einen gezielten Plan gegeben hat, der die Schwächung oder Absetzung der Bundesanwaltschaft zum Ziel hatte, an welchem politische Exponenten oder Behörden mitgearbeitet haben und wenn ja, weshalb».

Auf PUK verzichtet

Um diese Frage zu klären, wollte die Subkommission eigentlich eine PUK einsetzen. Weil das aber zu lange dauern würde, will sie jetzt selber weitermachen. Erstes Etappenziel ist dabei, die Originale von den deutschen Behörden zu erlangen, was wegen der Rechtshilfe alles andere als einfach ist. Und sicher nicht vor den Wahlen geschehen kann.

Kommentar

Aussage gegen Aussage

Der Vorwurf ist happig: Der frühere Bundesanwalt Valentin Roschacher sei im Frühsommer 2006 nach einem geheimen Drehbuch aus dem Amt gedrängt worden. Gefunden wurde der so genannte «Plan H» im Aktenkoffer des ehemaligen Bankiers Oskar Holenweger, als dieser von der deutschen Polizei verhaftet wurde. Involviert in die diffuse Verschwörung, so wird in Medienberichten behauptet, sei Roschachers damaliger Chef, Justizminister Christoph Blocher. Auf den bei Holenweger gefundenen Flip-Charts erscheint offenbar das Kürzel «C. B.».

Diese Geschichte tönt reichlich obskur und muss mit der nötigen Portion Vorsicht betrachtet werden. Jedenfalls lässt sich heute nicht sagen, ob ein solcher «Geheimplan» bei Roschachers Absetzung tatsächlich eine Rolle gespielt hat oder ob dies bloss Wahlkampfgetöse ist, wie Blocher betont. Im Moment steht Aussage gegen Aussage.

Fest steht allerdings, dass sich gestern die Ereignisse überstürzten: Ein erst für Freitag angekündigter 100-seitiger

Bericht der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission wurde in aller Eile am späten Abend vorgestellt. Drei Stunden zuvor hatte Blocher vorsorglich die Gerüchte um die planmässige Demontage des Ex-Bundesanwalts als «Hirngespinnst» abqualifiziert.

Die Tatsache, dass so besonnene Politiker wie der Freisinnige Jean-Paul Glasson als Präsident der Geschäftsprüfungskommission und die Christdemokratin Lucrezia Meier-Schatz jetzt bei den Deutschen Rechtshilfe beantragen wollen, um den «Plan H» genauer unter die Lupe zu nehmen, ist ein Indiz dafür, wie viel politischer Sprengstoff möglicherweise darin steckt. Zweifellos ist es von grosser Tragweite, wer alles in Roschachers Absetzung verwickelt war. Und zumindest bei Glasson greift Blochers Wahlkampf-Vorwurf nicht. Der Freiburger tritt nicht mehr zur Wiederwahl an.

Isabel Drews

isabel.drews@neue-lz.ch